

Quelle Schweriner Volkszeitung vom 06.02.2008
Seite 2
Ressort Prignitz
Seitentitel Meinung



Der unbelehrbare Staat

Johann Legner Es vollzieht sich in Potsdam ein Prozess, der ein Lehrstück ist dafür, wie regiert wird und wie reagiert wird auf Kritik daran. Ein Senat des Bundesgerichtshofes hat dem Land Brandenburg ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Die Urteilsbegründung nennt dessen Verhalten als "sittenwidrig". Die Schelte der Richter zielt auf die Verfahrensweise, mit der die brandenburgische Verwaltung Ansprüche auf Bodenreformland durchsetzte. Das Urteil hat nicht unbedeutende materielle Folgen. Wer rechtswidrig handelt, verwirkt auch seine Ansprüche, sagen die Richter und Tausende von Flur-

stücken bleiben in privater Hand, obwohl der Gesetzgeber es anders wollte. Der Richterspruch hat aber auch eine politische Dimension. Eine Regierung, die sich solch gravierenden Anwürfen ausgesetzt sieht, sollte um schnellstmögliche Korrektur des Ansehensverlustes bemüht sein. Die Landesregierung in Potsdam aber geht damit um, als handle es sich um ein juristisches Fachseminar: Die Richter hätten eben eine Meinung, obwohl es auch gute Gründe für eine andere gebe. Da geht es dann den obersten Richtern der Bundesrepublik nicht viel anders als uns Normalsterblichen. Man mag ja ein

Anliegen und auch eine Meinung haben. Aber wenn der Verwaltungsapparat um sich selbst kreist, stören solche Einwürfe nur. Urteile muss man umsetzen - aber ihre Begründung wird abgehftet. Matthias Platzeck, SPD-Strahlemann des Ostens, schickt einen Staatssekretär vor die Presse, der sagt, dass ihn die Bundesrichter überrascht haben. Das war die Antwort auf das "sittenwidrig". Für den Schaden, der nebenbei entstanden ist, zeichnet natürlich niemand verantwortlich.

© 2008 PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle Stuttgarter Zeitung vom 06.02.2008
Seite 5
Ressort Politik
Autor Bauer, Katja



Brandenburger Landnahme

Der Bundesgerichtshof hat die Überschreibung von 10 000 Grundstücken als sittenwidrig gerügt. Das Land Brandenburg hat sich nach der Wende in 10 000 Fällen Grundstücke aus Bodenreformland angeeignet. Dies war laut Bundesgerichtshof rechtswidrig. Nun drohen Schadenersatzforderungen, Ermittlungen und ein Koalitionskonflikt.

Von Katja Bauer, Potsdam

Die Große Koalition in Brandenburg steht nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom Dezember vor einem Problem, das teuer werden könnte. Es geht um Grundstücke, die in der DDR nach 1945 zunächst enteignet und dann in kleinen Parzellen an sogenannte "Neubauern" verteilt worden waren. Viele dieser Grundstücke waren später als LPG zusammengefasst worden. Nach der Wende hatten Erben der Neubauern Anspruch auf Rückübertragung, wenn sie sich denn meldeten. Das Land ließ sich jedoch in etwa 10 000 Fällen über die Landratsämter als neuer Eigentümer ins Grundbuch eintragen, ohne über Vormundschaftsgerichte

nach Erben zu suchen. Das Land argumentiert, es habe sich nie bereichern, sondern nur Ansprüche sichern wollen. Der verhandelte Fall ist aber anders abgelaufen - hier klagten Erben gegen das Vorgehen. Gegen die Entscheidung zugunsten der Erben ging das Land in Revision - mit dem nun vorliegenden Ergebnis. Mit harschen Worten rügten die Richter die Praxis als "sittenwidrig". Das Vorgehen habe "an die Praxis der Verwalterbestellung der DDR erinnert", heißt es in der Entscheidung. Das Land habe "ins Blaue hinein" gehandelt, es habe seine "Vertretungsmacht" missbraucht. (Aktenzeichen: V ZR 65/07) Noch sind die Folgen der Entscheidung

nicht abzusehen. Fachleute befürchten, dass dem Land Schadenersatzforderungen drohen könnten. Bei der Staatsanwaltschaft läuft bereits ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue - gegen unbekannt. Auch auf dem politischen Parkett hat natürlich die Suche nach den Verantwortlichen begonnen. Die Vorsitzende der Linksfraktion im Potsdamer Landtag, Kerstin Kaiser, sprach von einem "politischen Skandal" und forderte Konsequenzen. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) sagte unmittelbar nach Bekanntwerden der Gerichtsentscheidung, er sei "tief betroffen". Er forderte eine "lupenreine Aufklärung" des Falles. Berichten, wonach die mitre-